

Pressemitteilung



Nr. 22/18 vom 07.05.2018

Anzahl der Anschläge: 2.470
Abrufbar unter: www.gdw.de

GdW zum Treffen der Fraktionsspitzen: Stellschrauben auf mehr Wohnungsbau drehen

Berlin – Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW fordert anlässlich des heutigen Treffens der Fraktionsspitzen von Union und SPD eine schnelle Lösung der drängenden Herausforderungen auf den deutschen Wohnungsmärkten. "Die Wohnungsunternehmen stehen beim Bauen in den Startlöchern, es müssen nur zügig alle notwendigen Stellschrauben angepasst werden", sagte GdW-Präsident Axel Gedaschko.

10 Der Beschluss des Bundeskabinetts vergangene Woche, per Grundgesetzänderung ein fortdauerndes Engagement des Bundes bei der sozialen Wohnraumförderung auch nach 2019 zu ermöglichen, ist ein erster, sehr wichtiger und begrüßenswerter Schritt. Ebenso schnell müssen jetzt die weiteren notwendigen Schritte umgesetzt werden: bessere steuerliche Anreize für den Wohnungsbau, mehr Bauland, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie tragbare Baukosten. Insbesondere müssen die ländlichen Räume gestärkt werden, indem dort zukunftsfähige Städte durch den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur zu Ankerzentren gemacht werden. Nur so kann langfristig für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gesorgt werden.

20 Weniger Regulierung und mehr Anreize – das ist das Gebot der Stunde. Die Koalitionäre haben hier ein gutes Beispiel geschaffen, indem sie im Koalitionsvertrag die Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) nicht weiter verschärft haben. Umso wichtiger ist es, dass auch die Bundesländer und Kommunen die bereits sehr hohen Anforderungen an Wohnungsbauprojekte nicht noch weiter nach oben schrauben. Die Wohnungswirtschaft warnt zudem vor einem zu starken "Herumdoktern" an der Modernisierungsumlage. Übermäßige Regulierung in diesem Bereich würde zahlreiche Modernisierungsprojekte in Deutschland bedrohen.

30 "Was wir dringend brauchen, sind bundesweit gültige, einheitliche bauliche Zulassungen für mehrgeschossige Mehrfamilienhaustypen. Einmal genehmigt – mehrfach gebaut. Sonst kommen wir angesichts fehlender Planungs- und Genehmigungskapazitäten bei den Kommunen nicht voran", so Gedaschko. Zudem müssen die im Koalitionsvertrag angekündigten steuerlichen Verbesserungen für den Wohnungsbau nicht nur zügig umgesetzt, sondern auch durch ein Zuschussmodell ergänzt werden. Das gilt sowohl für den Wohnungsbau als auch für die energetische Modernisierung. Zwingend notwendig ist auch die im Koalitionsvertrag angekündigte veränderte Bodenpolitik auf allen Ebenen.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.